



Zur 11. Landesdelegiertenversammlung

Änderungsanträge zur Mülheimer Erklärung der MIT NRW „Lust auf Erfolg“ (mit Voten der Antragskommission)

1

A 01

Antragsteller MIT Bezirk Ruhr

4 Zusätzlicher Text hinter:

5 127 Neustrukturierung der bestehenden Verwaltungsstrukturen in NRW muss auf der

6 128 Tagesordnung bleiben.

7

8 „Mit der Verleihung des Gütezeichens für mittelstandsorientierte

9 Kommunalverwaltungen durch die Landesregierung, besteht ein Anreiz zum

10 Bürokratieabbau vor Ort und zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen

11 Behörden und Unternehmen.“

12

Votum der Antragskommission: Annahme

14

A 02

Antragsteller MIT Bezirk Ostwestfalen-Lippe

17 ohne konkrete Textstelle

18 „Die Landesregierung wird aufgefordert - auch in der Umsetzung von EU-Vorgaben -

19 schneller als bisher im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs

20 marktwirtschaftliche Wettbewerbsstrukturen zu schaffen. Gleichzeitig gilt es den

21 Wettbewerb so zu organisieren, dass die regionalen mittelständischen Busunternehmen in

22 die Lage versetzt werden, sich erfolgreich am Bieterverfahren zu beteiligen.“

23

24 Begründung:

Fast 1,4 Mrd. Euro Steuergelder fließen in NRW in den ÖPNV. Ein marktwirtschaftlicher Wettbewerb unter den Leistungserbringern findet kaum statt. Konzessionen werden vergeben. Viel zu langsam werden Leistungen ausgeschrieben. Landesregierung sollte die Aufgabenträger in der konflikträchtigen Arbeit des Ausschreibungsverfahrens rechtlich und beratend unterstützen

**Votum der Antragskommission: Verweisung an Landesvorstand und Parlamentskreis
Mittelstand PKM**

Begründung: Die Antragskommission unterstützt die Zielsetzung des Antrages. Die Vereinfachung und Wettbewerbsorientierung der Ausschreibungsverfahren muss vordringliches Ziel der Politik sein. Diese Problematik besteht jedoch nicht nur im Bereich des Busgewerbes und bedarf weiterer Überlegungen. Die Antragskommission regt an, hierzu nach intensiver Vorbereitung einen Beschluss des MIT-Landesvorstandes in Zusammenarbeit mit dem Parlamentskreis Mittelstand (PKM) im Landtag herbeizuführen.

A 03

Antragsteller MIT Bezirk Ruhr

Wir wollen den Zuzug ausländischer Fachkräfte durch die Senkung der Einkommensgrenze auf 40.000 Euro unterstützen. Die gültige Verdienstgrenze von 85.000 Euro ist realitätsfern und erlaubt nur in geringem Umfang die Einwanderung von Facharbeitern und Ingenieuren, die wir als Exportland besonders brauchen.

Ersetze „85.000 Euro“ in Zeile 267 durch „60.000 Euro.“

Votum der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung

„Die gültige Verdienstgrenze von 86.400 Euro, wie auch die im Juli 2008 beschlossene Senkung der Grenze auf 63.600 Euro ist realitätsfern...“

Begründung: Die seit kurzem von der Regierung vorgesehene Verdienstgrenze von 63600 Euro ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die MIT NRW begrüßt, dass der Forderung des MIT-Leitantrages schon vor dessen Beschluss teilweise entsprochen wurde. Diese neue Verdienstgrenze erfasst allerdings immer noch nicht einen Großteil der dringend benötigten Ingenieure und Facharbeiter und definiert einen erleichterten Zuzug von Personen nur jenseits eines monatlichen Einkommens von mehr als 5000 Euro Brutto, also weit innerhalb des gültigen Spitzensteuersatzes. Diese Grenze erscheint uns nicht ausreichend. Die vorgesehene Verdienstgrenze 40.000 Euro ist Beschlusslage der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen.

A 04

Antragsteller MIT KV Solingen

Zusätzlichen Punkt hinter Zeile 269 ergänzen:

"Wir unterstützen die Zuwanderung gründungswilliger und investitionsfreudiger Menschen aus aller Welt nach NRW. Innovationsfähigkeit, Erfolgsorientiertheit und internationale Erfahrung eingewanderter Bürger können den Wirtschaftsstandort, den Arbeitsmarkt und die Integrationsfähigkeit in NRW stärken.

Votum der Antragskommission: Annahme

A 05

Antragsteller MIT Bezirk Ostwestfalen-Lippe

ohne konkrete Textstelle

Die Landesregierung wird aufgefordert im Bundesrat gegen die zum 1. Januar 09 geplante Erhöhung der Maut zu votieren. Sollte die Erhöhung nicht zu vermeiden sein, so sollten die heimischen Unternehmen durch eine Senkung der LKW-Besteuerung eine Kompensation erhalten.

79

80 Begründung:

81 Die Maut soll um vierzig bis achtundachtzig Prozent erhöht werden. Dies bedeutet eine zusätzliche
82 Kostenbelastung für die ohnehin bedrohte Branche der Spediteure in Höhe von ca. 2 MRD Euro jährlich.
83 Gerade mittelständische Unternehmen bringt dies in wirtschaftliche Schwierigkeiten, Arbeitsplätze sind
84 bedroht und der Wirtschaftsstandort Deutschland nimmt Schaden.

85

86 **Votum der Antragskommission: Behandlung als Sonstiger Antrag B10 (siehe**

87 **Antragsmappe),**

88 **Begründung:** Diese kurzfristige politische Entscheidung bedarf inhaltlich eines separaten
89 Beschlusses der MIT NRW und stellt nicht Teil eines landespolitischen Konzeptes bis 2015
90 dar.

91

92 **A 06**

93 **Antragsteller MIT Bezirk Ruhr**

94 Zusätzlicher Text hinter:

95 306 Realitäten ausgerichtet werden. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung will
96 307 sicherstellen, dass die notwendige Entwicklung wichtiger Gewerbegebiete und damit die
97 308 Schaffung von Arbeitsplätzen nicht behindert werden.

98

99 „So fordern wir, die aktuelle Nachfrage nach Industrie- und attraktiven Wohnflächen durch
100 die Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzungen zu erfüllen.“

101

102 **Votum der Antragskommission: Annahme**

103

104 **A 07**

105 **Antragsteller MIT Bezirk Ruhr**

106 Zusätzlichen Punkt hinter Zeile 349 ergänzen:

„Im öffentlichen Personennahverkehr muss durch Wettbewerb die Effizienz der eingesetzten Mittel optimiert werden. Dabei sind die Angebote privater Leistungsanbieter zu nutzen.“

Votum der Antragskommission: Wie Antrag A02 Verweisung an Landesvorstand und Parlamentskreis Mittelstand PKM

A 08

Antragsteller MIT Bezirk Ostwestfalen-Lippe

ohne konkrete Textstelle

„Die Landesregierung wird aufgefordert, gesetzliche Regelungen zu schaffen, welche die Errichtung weiterer Windräder in NRW verhindern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Subvention von Windenergie schneller als bisher geplant zu reduzieren.“

Begründung:

Schon heute ist unsere Landschaft durch die Windräder in einem unerträglichen Maße verschandelt. Die Subventionen verteuern unsere Energiepreise. Angesichts der Unstetigkeit der Stromausbeute ist die Windenergie zudem kein zuverlässiger die Grund- und Spitzenlast absichernder Stromlieferant.

Votum der Antragskommission: Annahme in folgender Fassung. Ergänzung von „(zum Beispiel durch Windräder)“ in Zeile 579 hinter „...Landschaftsbild“.

A 09

Antragsteller MIT Bezirk Ruhr

Zusätzlichen Punkt hinter Zeile 629 ergänzen:

134 „Zur Verlässlichkeit einer öffentlichen Finanzpolitik gehört die Anwendung des
135 Konnexitätsprinzips, nachdem der Kostenverursacher die entstandenen Kosten trägt.“

136

137 **Votum der Antragskommission: Annahme als neuer Spiegelpunkt**